

# Dran bleiben an Kindern und Bildung

## Ziele der evangelischen Kirchen im Land – Kirchenrat besucht Kindergärten in Zweibrücken und Hornbach

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen Rheinland-Pfalz, Kirchenrat Thomas Posern, besuchte am Freitag Zweibrücken und Hornbach. Er ließ sich von Dekan Peter Butz über die Zusammenarbeit von Kirche und Kommunen informieren. Gleichzeitig setzte er mit der Visite des Wahlkreisbüros von Fritz Presl (SPD) seine Tour zu Landtagsabgeordneten fort.

Er koordiniere die Meinungsbildung der drei Landeskirchen Pfalz, Rheinland und Hessen-Nassau zu politischen Vorgängen und vertrete deren Interessen gegenüber der Landespolitik, umriss Thomas Posern vom Evangelischen Büro in Mainz seine Aufgabe, der er seit Mitte 2010 nachkommt. „Ich habe mir zum Ziel gesetzt, in der Legislaturperiode alle Landtagsabgeordneten zu besuchen. Dadurch lerne ich die Menschen und die Regionen besser kennen.“ Aktuell sei Fritz Presl, Mitglied im Presbyterium der protestantischen Kirche Zweibrücken-Mitte ist, an der Reihe gewesen.

Der Kirchenvertreter besichtigte mit Presl und Butz neben der Alexanderskirche die Kindertagesstätte Wallstraße in der Stadtmitte und den

Kindergarten in Hornbach. „Das Projekt Kindergartenverbund hat sich bewährt“, stellte er fest. Damit sprach er den Zusammenschluss der zwölf protestantischen Kindergärten vor einem Jahr an. Dieser sei ein Muster für die Zusammenarbeit von Gemeinde und Stadt und stehe unter landesweiter Beobachtung.

Bei der Begleitung und Förderung der Kinder lege die Kirche Wert auf Qualität, so Posern. Sie werde ständig unter Berücksichtigung der Erziehungsempfehlungen des Landes weiterentwickelt. Der Religionspädagogik komme dabei eine besondere Rolle zu. Die Qualitätsoffensive der Evangelischen Kirche der Pfalz, die bis 2017 laufen wird, werde die Arbeit der Erzieher in ein besseres Licht rücken. Posern, Presl und Butz stimmten überein, dass die Tätigkeit der Erzieher mehr geschätzt werden muss.

„Wir wollen uns nicht aus der Kindertagesstättenarbeit zurückziehen, weil wir mit den Menschen in Kontakt bleiben möchten“, sagte der Dekan insbesondere zur Situation des Kindergartens in Bottenbach. Es sei nicht einfach für das Pfarramt Großsteinhausen, Geld für den Unterhalt zurückzulegen, da man Probleme

nicht auf die nächste Generation verlagern wolle. Kleine Gemeinden mit Kindergärten dürften nicht an den Rand des Ruins getrieben werden. Butz: „Für wichtige gesellschaftliche Aufgaben sollte man eine solide gesetzliche Finanzierung sicherstellen.“ Im Nachtragshaushalt habe die Landesregierung über 56 Millionen Euro für den Kita-Ausbau für die Unterdreijährigen vorgesehen, merkte dazu Presl an.

Posern zum Kindergarten Bottenbach: „Wir wollen uns nicht zurückziehen.“

Butz bedauerte, dass die freiwilligen staatlichen Leistungen immer weniger werden. Vieles werde zu ökonomisch gesehen. Als Beispiel nannte er die Sucht- und Schuldnerberatung. „Man sollte mehr Fördermittel zu Pflichtausgaben machen.“ Presl wies darauf hin, dass Rheinland-Pfalz ein kirchenfreundliches Land sei. Im vergangenen Jahr hätten die Kirchen und Religionsgemeinschaften 52 Millionen Euro an Staatsleistungen erhalten, davon die evangelischen Kirchen knapp 23 Millionen.

Bildung gehöre zu den Kernaufgaben der Landeskirchen, so Posern: „Regelmäßig finden Gespräche mit dem Bildungsministerium statt.“ Dabei gehe es auch um den Religionsunterricht, der als einziges Unterrichtsfach im Grundgesetz verankert und von den Ländern auszurichten sei. Der Religionsunterricht sei eine gemeinsame Angelegenheit von Staat und Kirche, da der Staat wegen seiner Neutralität nicht über den Inhalt entscheiden könne.

Für Butz hat der Religionsunterricht besonderen Wert, weil er ein Fach sei, in dem auf die persönlichen Probleme der Kinder und Jugendlichen eingegangen werden kann. Auch würden dort existenzielle Fragen erörtert. Butz: „Der Unterricht ist schwieriger zu halten als Physik oder Chemie. Der Lehrer muss die Schüler gewinnen.“

Man müsse im Land intensiver über islamischen Religionsunterricht und islamische Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen sprechen, waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. Auch seien noch viele Unterredungen zwischen Kirche und Staat über die Verbindung von Erziehung und Erwerbsarbeit notwendig. (urr)